



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/150 - 5. Juli 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24931-33
Fernschreiber 0886890

Hinweise auf den Inhalt:

Rückwirkungen in Pankow	S. 1
Neutralisierung der Ostsee?	S. 3
Zu den "Lebenserinnerungen" Wilhelm Groeners (Buchbesprechung)	S. 4
Sorgen des "Deutschen Akademischen Austauschdienstes"	S. 6
Schlappe für die saarländische CDU	S. 8

Brotz Atempause schwer bestürzt

E.Z.-Berlin

Der Ausschluss der Stalinisten Molotow, Kaganowitsch, Schepilow und Malenkow aus dem Präsidium und dem ZK der KPdSU und die Begründung, die Moskau dieser sensationellen Massnahme gab, muss für das Ulbricht-Regime, das trotz des 20. Parteitages der KPdSU mit seiner Verdammung Stalins in seinem Kern stalinistisch geblieben ist, wie ein Donnerschlag wirken. Die Leitung der SED war vorher in Kenntnis gesetzt worden, so dass das Politbüro der SED am gleichen Tage, als der Krenl-Beschluss der Weltöffentlichkeit mitgeteilt wurde, ein Abschwächungsmanöver durchführen konnte. Im Hinblick auf die seit langem eklatante Zersetzung des SED-Apparates hielt es Moskau offensichtlich für notwendig, dem Pankower die Chance zu einer Atempause zu geben.

Die Argumente, die Moskau für die Abhalfterung Molotows und der anderen führenden Stalinisten gab, sind durchaus geeignet, bei Ulbricht Bestürzung auszulösen. Die Gefährten Stalins wurden in Moskau des Sabotageversuchs gegen die auf dem 20. Parteitag beschlossene Entstalinisierung, der Fortsetzung stalinistischer Methoden, des Boykotts einer auf der Koexistenz und der Entspannung beruhenden Aussenpolitik beschuldigt, wobei man ihnen ausdrücklich eine geheime Verschwörung und die Feindschaft gegenüber der Partei bescheinigte. All diese Vorwürfe treffen auch Ulbricht und seine linientreuen Handlanger, die seit Monaten nur das eine Ziel kannten, auch die geringste Schlussfolgerung aus den Beschlüssen des 20. Parteitages der KPdSU zu verhindern. Prof. Wolfgang Harich, der nicht etwa allein, sondern mit zahlreichen anderen kommunistischen

Intellektuellen der Sowjetzone im Sinne der Entstalinisierung die SED-Politik auf eine neue Basis stellen wollten, wurde von Ulbricht zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nicht unbekannt sind weiter die bis in die letzte Zeit andauernden Versuche des engsten Ulbrichts-Anhanges geblieben, nicht nur jede Konsequenz aus dem 20. Parteitag der KPdSU zu vermeiden, sondern direkt eine Revision dieser Moskauer Beschlüsse zu fordern. Mögen auch diese Forderungen Ulbrichts nur im innersten Kreis seinen Linientreuen offen postuliert worden sein, in ihren öffentlichen Reden haben die Ulbricht-Getreuen immer wieder von einer 'falschen Auslegung' der Entstalinisierung gesprochen. Noch gut in Erinnerung ist das Frohlocken, mit dem die Ernennung des Erstalinisten Molotow zum Minister für Staatskontrolle in Pankow aufgenommen und propagandistisch herausgestellt wurde. Es ist auch kein Geheimnis geblieben, dass Ulbricht seit Monaten seine telefonischen Kontakte mit Moskau fast ausschliesslich bei Molotow auflaufen liess.

Die in der Juni-Ausgabe der 'Einheit' vor wenigen Tagen veröffentlichte Erklärung Ulbrichts zeigt eindeutig, wie Ulbricht in der Hoffnung auf die weitere Wirksamkeit alter Moskauer Stalinisten die antistalinistische Diskussion in den Reihen der SED zu bremsen und einzuschüchtern versuchte. Der SED-Chef stellte dabei diejenigen Funktionäre, die ihre ganze Tätigkeit in der 'Suche nach Fehlern' erschöpfen, unter Anklage, indem er die Behauptung aufstellte, der Kampf gegen den Dogmatismus habe in der SED zu einem 'Stoss gegen den Marxismus-Leninismus und den Staat der Arbeiterklasse' geführt. Angesichts dieser Catbestände wagt die Erklärung des Politbüros zum Hinauswurf der Stalinisten mehrfach zu behaupten, die SED habe die Beschlüsse des 20. Kongresses der russischen KP schon lange verwirklicht. Hier kommt recht deutlich das schlechte Gewissen der SED zum Ausdruck, aber auch die für sie peinliche Gewissheit, dass Pankows Trumpfkarte Molotow und Co. keinen Stichwert mehr hat.

Da der neue Moskauer Beschluss auch das Ulbrichtsche Konzept der aggressiven Pankower gesamtdeutschen Politik nicht unberührt lassen kann,uss die Ostberliner Parteileitung Konsequenzen in der Ost-West-Politik befürchten, die auch die Deutschlandfrage unter neuen Perspektiven zeigen könnte. Die Atempause, die man offensichtlich in Moskau dem Pankower Regime mit der Möglichkeit zu einer Tarnung des eigenen Fiaskos geben wollte, kann nur taktisch bedingt sein. Die Bestürzung, die aus der Ostberliner Stellungnahme zu den neuen Ereignissen in Moskau spricht, kann diese Erkenntnis nur bestätigen. * * * - 3 -

5. Juli 1957

Finnland als Schrittmacher

mu. Als der sowjetrussische Ministerpräsident Bulganin und Parteisekretär Chruschtschow vor mehreren Wochen zu einem Staatsbesuch in Finnland weilten, sickerte in diplomatischen Kreisen etwas von einem Vorschlag durch, wonach die Ostsee neutralisiert werden sollte. Inzwischen bestätigt sich aus vielen kleinen Meldungen, dass der sowjetrussische Vorschlag, Finnland, Schweden, Dänemark, Polen, die Bundesrepublik und die Sowjetzonenrepublik sollten vertraglich vereinbaren, die Ostsee im Kriegsfall für alle Schiffe zu sperren, im Norden nicht zu den Akten gelegt worden ist. In Bonn indes, wo die Politik der Stärke weiter vertreten wird und nur ein einziger Beamter im Auswärtigen Amt für Skandinavien da ist, hat die Entwicklung in Nordeuropa jedenfalls bisher keine Beachtung gefunden.

Dänemark und Norwegen haben erklärt, dass sie eine Lagerung von Atomwaffen nicht wünschen und auch in eine atomare Aufrüstung der NATO nicht einbezogen werden möchten. Weiter haben Norwegen und Dänemark durch ihre Regierungschefs bekanntgegeben, sie würden einer Luftinspektionszone zustimmen, die Teile des Hoheitsgebietes beider Staaten umfasst. Gleichzeitig im Hinblick auf die Londoner Abrüstungsverhandlungen teilte das dänische Außenministerium mit, dass "Teile von Grönland in eine eventuelle internationale Inspektionszone eingegliedert werden können." Diese Mitteilungen muss man aber nicht nur im Hinblick auf die Londoner Abrüstungsgespräche, sondern auch vor dem Hintergrund der diplomatischen Sondierungen anlässlich des finnischen Bulganin-Besuchs sehen.

Inzwischen scheint das Projekt "Neutralisiert die Ostsee" in eine weitere Vorphase eingetreten zu sein. Eine finnische Parlamentsdelegation wird dem polnischen Sjem einen Freundschaftsbesuch abstatten. Wie man dazu in Kopenhagener diplomatischen Kreisen erfährt, will Finnland sich in Warschau für eine Neutralisierung der Ostsee einsetzen. Gedacht ist dabei an einen Neutralitätspakt, der an der Ostsee gelegenen Staaten als Vorphasen für die möglichen Ergebnisse der Londoner Abrüstungsverhandlungen für Europa. Man vermutet bereits, dass die finnischen Politiker in Kopenhagen in gleicher Richtung vorgefühlt haben und die ganze Angelegenheit bei der nächsten Tagung des Nordischen Rates, der lockeren Arbeitsgemeinschaft der Dänen, Schweden, Finnen, Norweger und Isländer, zur Sprache bringen werden.

Man weiss noch nicht, zu welchem Ergebnis dieses diplomatische

5. Juli 1957

Vorgeplänkel einmal führen wird. Man könnte aber verstehen, wenn sich Born als Ostseeanlieger etwas stärker für die ganze Angelegenheit interessieren würde. Es hatte bereits Aufsehen erregt, dass russische Beobachtungsschiffe am helllichten Tage die letzten grossen Manöver der Bundesmarine in der Ostsee aus unmittelbarer Nähe beobachteten. Aber vor dem Hintergrund des Vorschlages 'Neutralisiert die Ostsee' kann das Ganze auch mehr als nur eine zufällige Beobachtung gewesen sein und als eine Art Demonstration gewertet werden. Jedenfalls täte die Bundeswehr mit ihrer Marine in diesen Monaten gut daran, nicht ständig zu üben, wie man die Sowjetflotte in der Ostsee einsperrt.

* * *

Soldat in der Demokratie

E.R. - Dieses Buch (erschienen bei Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1957, 584 S., Ganzl. DM 28.--), das Freiherr Hiller von Gaertringen nach wissenschaftlichen Grundsätzen herausgegeben hat, bedeutet in gewisser Weise eine Korrektur des 1955 von Dorothea Groener-Geyer veröffentlichten Werkes "General Groener, Soldat und Staatsmann". Die Tochter hatte der Öffentlichkeit ein ziemlich eigenwilliges Bild des weis unstrittenen, oft verkettzten Vaters gezeigt. Ihr Buch umfasste die ganze Lebenszeit Groeners von 1867 - 1939 und damit auch die Periode seines Wirkens als Reichs- Wehr- und Innenminister, seiner Auseinandersetzungen mit verstockt-reaktionären Standesgenossen, die sich für ihre eigene Unfähigkeit im November 1918 an dem klar urteilenden Nachfolger Ludendorff zu rächen versuchten.

Wohl erweist sich auch in den selbstgeschriebenen Erinnerungen und selbst für die Veröffentlichung ausgewählten Dokumenten der nüchtern denkende, die "demokratische Welle", die der Erste Weltkrieg brachte, berücksichtigende, den "Hurra-Soldaten" hinter sich zurücklassende General und Staatspolitiker. Aber es wird in seinem Buch, bei dem sicherlich zu berücksichtigen ist, dass es von einem Missliebigen während der Hitlerzeit geschrieben wurde, doch viel mehr von den Hemmungen deutlich, die sich an seiner Laufbahn erklären. Dieser "demokratische" General bekennt sich selbst als Nichtdemokrat, obgleich er eine Zusammenarbeit mit Sozialdemokratie und Gewerkschaften zustande brachte. Seine Aufzeichnungen enden leider mit dem Rücktritt als Generalquartiermeister 1919. Doch lässt die Art seines Berichtes über die Zusammenarbeit mit Ebert und Noske,

sein Urteil über Nationalversammlung und Regierung, zunächst nur die rein generalstabsmässige Rechnung mit den leidigen Gegebenheiten erkennen. Wir erschrecken, wenn wir etwa über einen seiner jüdischen Mitarbeiter lesen: "Er war ein Jude, aber doch ein anständiger Mensch". -

In der Hauptsache bedeutet das vorliegende Buch Groeners, des Feld-eisenbahnchefs, des Leiters des Kriegsernährungsamtes, des Stabs-Chefs von Feldmarschall Eichhorn in der Ukraine und des letzten Generalquartiermeisters des kaiserlichen Heeres einen ausgezeichneten Beitrag zur Beurteilung des Ersten Weltkrieges und seines Ausganges. Groener berichtet sachverständig, mit dem Willen zur Gerechtigkeit, wenngleich gelegentlich schroff und nicht vorurteilslos. Über den kurzfristigen Munitionsarbeiterstreik 1917, der in der nationalistischen Dolchstosslegende zur Anklage gegen die - ihren Kriegsverpflichtungen treuen - Sozialdemokraten und Gewerkschafter ausgefälscht wurde, meint der Lagekundige, dass er menschlich zu erklären sei - aus schierem Hunger (nach dem fürchterlichen Steckrübenwinter 1916/17), aus schlechter Organisation - nicht aber aus unterirdischen politischen Einflüssen. Es gehörte Mut dazu, die Kernstücke der Hetzpropaganda gegen die Linke, die auch heute noch in vielen Köpfen angetroffen werden, so nüchtern zu zerstören. Ohne irgendwelche Vorliebe für die Sozialdemokraten, versteht sich.

Wer das Kapitel deutscher Geschichte über das Zustandekommen der Weimarer Republik und die Zwiespältigkeiten, auf die sie gegründet wurde, studieren will, kann hinfort das Buch Groeners nicht entbehren.

* * *

400 Antragsteller für 12 Stipendien

D.Str. An dieser Stelle wurde bereits des öfteren von der Tätigkeit des "Deutschen Akademischen Austauschdienstes" (DAAD) berichtet, dessen Präsident Prof. Dr. phil. et theol. Richter ist, jener Mann im ehemaligen preussischen Kultusministerium der Regierung Brauer, der dem damaligen Vorsitzenden des republikanischen Studentenbundes, den heutigen NRW-Staatssekretär Leo Brandt ordentlich unter die Arme griff, wenn es galt, den nationalsozialistischen Einfluss soweit wie möglich von den deutschen Hochschulen zu verbannen. Dass dieser frühere, Ministerialdirektor und heutige Professor und Präsident des DAAD, Richter, den Grössen des Dritten Reiches nicht genehm war und sie ihn mit sanfter Gewalt des Landes verwiesen, leuchtet ein. Dieser Professor, der in den Zeiten, als der deutsche

Name nicht sonderlich in der Welt angesehen war, auf dem Katheder der USA-Universitäten eine Lanze für das deutsche Volk brach, kann sich rühmen, ein "Auswärtiges Amt en miniature" geschaffen zu haben, das sich von dem der Koblenzer Straße dadurch unterscheidet, dass anscheinend wendigere Personen in der Masse Strasse sitzen und zum anderen die ganze Arbeit dort von der Jugend für die Jugend getragen wird. Die Folge ist, dass alle politischen Vorurteile und Rücksichtnahmen fortfallen, bezw. auf ein Mindestmass beschränkt bleiben. Hier beim DAAD strahlt die Sonne der UNESCO hell, und darum können sich nicht wenige Studenten und Dozenten in ihrem Lichte sonnen.

Der Berichterstatter bekam einen Strahl davon ab, als er vor einigen Tagen mit einem Weltreiseteam von UNESCO-Pädagogen Bekanntschaft machte, deren Reise im Rahmen des Technischen Hilfsprogramms der UNESCO (Technical assistance Service Programme) für die Entwicklungsländer erfolgt. Durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) ist die Bundesrepublik Deutschland in diesem Technischen Hilfsprogramm in zweifacher Richtung beteiligt: Der DAAD vermittelt deutsche Hochschullehrer, Pädagogen und Wirtschaftsfachleute für eine Expertentätigkeit in die Entwicklungsländer. Erst vor wenigen Tagen verliess der Gewerbeschuldirektor Dietrich Deutschland um im Auftrage der UNESCO in Ägypten als Regierungsberater das Gewerbeschulwesen zu reformieren. In Kürze wird der Münchner Hochschullehrer Dr. Franke nach Indien gehen, um dort ein Institut für Wasserbau an der Technischen Hochschule in Poona auszubauen.

Dem DAAD liegt daran, dass dieses Hilfsprogramm nicht einseitig nur die Entsendung deutscher Experten in die Entwicklungsländer vorsieht, sondern fördert die Fortbildung von Regierungsdirektoren, Pädagogen und Hochschullehrern in Deutschland. Die UNESCO in Paris unterstützt dieses Vorhaben finanziell, so dass eine Reihe von führenden Persönlichkeiten aus den Entwicklungsländern eine Fortbildung in Europa und Amerika alljährlich erhalten können. Im vergangenen Jahr hat der DAAD das Studienprogramm für über 30 dieser UNESCO-Stipendiaten gestaltet und erwartet für dieses Jahr die Verdoppelung dieser Anzahl.

Das jetzt in der Bundesrepublik weilende Team setzt sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen:

Dr. Aboul Ghafur, Direktor des Lyceum Habibia in Kabul Afghanistan und verantwortlicher Leiter des UNESCO-Projektes "Assiciatet Schoolproject in Education for International Understanding und Cooperation";

5. Juli 1957

Dr. Amar Nath Mattoo, Abteilungsleiter für Geschichte und Geographie an der Tyndal Bisco Memorial High School in Srinagar, Kaschmir-Indien (gleichzeitig Sprecher bei Radio Kaschmir); Mr. U. Tin Aye, Generalsekretär der nationalen UNESCO-Kommission der burmesischen Union in Rangoon Burma (gleichzeitig Direktor der Audio-Visual Education Division des Ministry of Education in Burma); Professor Dr. Wincency Okon, Professor an der Universität Warschau (gleichzeitig verantwortlich für das höhere Schulwesen im polnischen Erziehungsministerium); Dr. Alfred Nikel, Direktor einer Bundesrealschule in Wien und Dozent am Pädagogischen Institut in Wien; Dr. Carl Tscherning, Master an der Birkerød Statsskole in Birkerød, Dänemark; Dr. Mogens Breedsdorff Lange, Senior Master an der Birkerød Statsskole in Birkerød, Dänemark.

Die Gruppe hat bisher pädagogische Einrichtungen in den USA, Kanada und Grossbritannien studiert - in Deutschland das UNESCO-Modell-Schul-Projekt in Hamburg und Köln.

Bei einem Gespräch mit den UNESCO-Pädagogen lobte die Reisegesellschaft insbesondere den vorbildlichen Schulbau Hamburgs, der aus Trümmern heraus unter Leitung des sozialdemokratischen Senators Landahl wie ein Phönix aus der Asche neu erstand.

Dr. Scheibe, Geschäftsführer des DAB, würdigte die Person des Gründers dieser studentischen Einrichtung, Prof. Dr. Alfred Weber, dem jetzt die Genugtuung zuteil werden kann, dass DAB heute mehr als 800 Studenten aus dem Ausland in der Bundesrepublik betreut. Ein wenig resigniert ergänzte er: "Hätten wir nur mehr Geld, mehr zu tun. Wir können z.B. nur 12 Stipendien für 400 Bewerber bieten."

Eine Feststellung am Rande eines internationalen Treffens und auch Mahnung an die Verantwortlichen: fördert Wissenschaft und Forschung.

* * *

Die Quittung aus Sulzbach

M.H. In Sulzbach, dem grössten Dorf des Saarlandes, fanden am vergangenen Sonntag Gemeindevorwahlen statt. Sulzbach hat 25 000 Einwohner, ist dem gemeinderechtlichen Status nach Landgemeinde und eine typische Bergarbeitergemeinde. In absehbarer Zeit werden die abbauwürdigen Kohlenvorräte erschöpft sein. Eine schwere wirtschaftliche Hypothek lastet auf dem Ort. In dieser Gemeinde gingen die Wähler am Sonntag zum 4. Mal in den letzten zwei Jahren zur Wahl. Diesmal gingen nur 60,5 % und übten ihr Stimmrecht aus. Diese niedrige Wahlbeteiligung steht ganz im Gegensatz zu den letzten Nachwahlen in der Bundesrepublik. Wahrscheinlich ist es den Bürgern zuviel, so oft an die Wahlurne gerufen zu werden. Aber das ist es nicht allein.

Die CDU im Saargebiet ist krank, politisch krank. Sie vermag die staatspolitische Aufgabe, vor der sie als politische Partei steht, nicht zu lösen. Diese Aufgabe wäre die Überwindung der separatistischen CVP. Sie kann sie nicht lösen, weil die Politik der CDU im Saargebiet unglaublich geworden ist. Der Wähler ist kaum noch bereit, eine solche Politik zu honorieren.

Aber auch die Bäume der CVP werden nicht in den bayerischen Himmel wachsen. Der Wähler wird schon dahinterkommen, dass die CSU ein Ableger der CDU ist; beide Parteien tragen die gleichen Kappen.

Kein Wunder, dass vor solch einem "kleinen Welttheater" die kommunalpolitischen Belange fast schon keine Rolle mehr spielen. Sehr zum Schaden der Gemeinde, denn sie drängen sich in Sulzbach dem kritischen Beobachter geradezu auf. Dem Wähler kam es offensichtlich darauf an, der CDU die nötige Quittung zu zahlen. Die CDU verlor ^{von} 2 631 Stimmen nicht nur fast 1 200, sondern auch noch zwei Mandate im Gemeinderat, ihr Stimmenanteil ging von 19,6 auf 15,7 v.H. zurück. Die SPD konnte ihren Stimmenanteil seit der Landtagswahl am 18.12.1955 von 18,3 auf nunmehr 28,63 % erhöhen und ihre Sitzzahl von bisher 7 auf 9.

Zusammensetzung des Rates: SPD 9 (7), DPS 9 (9), CVP 8 (6) und CDU 5 (7).

* * *

Verantwortlich: i.V. Albert Exler